

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**31. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.01.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	19:03 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

**Anwesende Mitglieder****Vorsitz**

2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Aydin Candan - SPD

Vertretung für: Herrn Dr. Marek Lengen

Jochen Mauritz - CDU

Heiko Steffen - AfD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Frank Zahn - SPD

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

bis 17:35 Uhr / TOP 3.2.6

Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

ab 17:35 als Vertretung für Herrn Schüler

Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER &amp; GAL

Vertretung für: Herrn Thomas Misch Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Madita Liza Jürk - fraktionslos

Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn bis 18:15 Uhr / TOP 3.3.4

Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

André Pätou - CDU

Vertretung für: Herrn Henning Stabe

Paul-Gerhard Röttger - CDU

Barbara Steffen - CDU

Vertretung für: Frau Liane Rütther

Ute Friedrichsen - SPD

Stefan Höfel - Die Unabhängigen

Rolf Müller - FDP

**Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht**

Hans-Dieter Blum - BfL

bis 18:55 Uhr / nur ÖT

**Stellvertreter:in**

Burghard Speckmann - SPD

bis 18:30 Uhr / TOP 5.1

<b>Beiratsmitglieder</b>	
Matthias Braun - Naturschutzbeirat	bis 17:35 Uhr / TOP 3.2.6
Helmut Franzke - Seniorenbeirat	ab 16:15 Uhr/ TOP 3.2.1 bis 18:51 Uhr/ nur ÖT
<b>Verwaltung</b>	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Petra Poltrock - FBC FB 3	
Kristin Gercke - 3.031 Fachbereichsdienste	
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	bis 18:00 Uhr / TOP 3.3.1
Fabian Kloth - 3.320 Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)	bis 17:07 Uhr / TOP 3.2.4
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	
Kirstin Debring -	bis 18:40 Uhr / TOP 5.1
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	bis 18:51 / nur ÖT
Bettina Koch - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	bis 17:07 Uhr / bis TOP 3.2.4
Knut Sturm - 3.820 Stadtwald	bis 17:35 Uhr / TOP 3.2.6
Jens Clasen - PR Stadtwald	bis 17:35 Uhr / TOP 3.2.6
Thomas Heckel - Personalrat Feuerwehr	
<b>Protokollführung</b>	
Angelika Schröder - Fachbereichsdienste FB 3	
<b>Gäste</b>	
Henryk Kadow -	bis 18:40 Uhr / TOP 5.1
<b>Sonstige Personen</b>	
Johannes Schindler - Naturschutzbeauftragter	bis 18:24 Uhr / TOP 3.3.4
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bastian Langbehn - fraktionslos	entschuldigt
Dr. Marek Lengen - SPD	entschuldigt
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Henning Stabe - CDU	entschuldigt
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Liane Rüter - CDU	entschuldigt
<b>Verwaltung</b>	
Klaus Cohrs - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Bitte um Bericht Situation der Ausländerbehörde	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Vorstellung Hotspot Dummersdorfer Ufer	
3.2.2	Sachstand Bürgerservice	
3.2.3	Tätigkeitsbericht KOD	
3.2.4	2. Blitzersäule Kücknitz B75	
3.2.5	Stichprobeninventur Stadtwald	
3.2.6	Holzeinschlag im Lübecker Stadtwald	
3.2.7	Vorbeugender Brandschutz	
3.2.8	Bundeseinheitlicher Warntag	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bearbeitung der Zu- oder Absagen der Anträge auf Familienzusammenführung	<b>VO/2022/11691</b>
3.3.2	Beantwortung der Anfrage von AM Steffen (USO 15.11.2022) Eindringen unbefugter Personen auf dem LHG-Kai am 04.11.2022	
3.3.3	Anfrage des AM Frank Zahn zur Situation der Führerscheininhaber der Klassen C , CE bei den Freiwilligen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck	<b>VO/2023/11777</b>
3.3.4	Anfrage des AM Stefan Höfel (Die Unabhängigen): Baumschäden durch Handystrahlen	<b>VO/2023/11793</b>
3.4	Neue Anfragen	

4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung)	<b>VO/2022/11724</b>
5.2	Zentrale Stelle Rettungsdienst - Anstalt öffentlichen Rechts - Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2023	<b>VO/2022/11696</b>
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung in u.a. Tempo 30 Zonen	<b>VO/2022/11241</b>
6.2	SPD+FW&GAL: Austausch Antrag zu 10.10 "Städtischen Masterplan Klimaschutz"	<b>VO/2022/11480-01</b>
6.3	CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand	<b>VO/2022/11497</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Polizeibeirat	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
---

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die schriftliche Einladung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in seiner letzten Sitzung am 15.11.2022 folgende Beschlüsse im nicht-öffentlichen Teil gefasst hat:

Der Ausschuss empfiehlt

- Die Mittel für die Ausschreibung zur Vergabe von zwei neuen mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen samt Trägerfahrzeugen frei zu geben
- Das beschlossene und eingeleitete Ausschreibungsverfahren zur Ersatzbeschaffung eines Gerätewagens Tauchen fortzuführen

Weiterhin weist die Vorsitzende darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

**NEU TOP 3.3.4** – Anfrage des AM Höfel (Die Unabhängigen)  
VO 2023/11793: Baumschäden durch Handystrahlen

Die Vorsitzende erläutert, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Sie lässt über die Zuordnung des für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen:

**TOP 14.1 VO/2022/11734**

Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes

**Der Ausschuss stimmt der nicht-öffentlichen Behandlung mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit zu (13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)**

Die Verwaltung bittet um Vertagung des TOP 6.2 „Städtischer Masterplan Klimaschutz“ bis der Bericht vorliege sowie des TOP 6.3 „Neue Regelungen für den Grünstrand“, da der Wirtschaftsausschuss die Vorlage noch nicht erneut behandelt habe.

**Der Ausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.**

Ferner teilt die Vorsitzende mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen sei.

Herr Senator Hinsen bittet um die Teilnahme von Frau Poltrock und Frau Gercke (Fachbereichscontrolling) sowie den zuständigen Mitarbeitern der Feuerwehr.

**Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Teilnahme der o. g. Verwaltungsmitarbeitenden am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu.**

Herr Höfel bedauert, dass die Sitzungen wieder im Verwaltungszentrum Mühlenort stattfinden. Er stellt den mündlichen Antrag, dass der Sitzungsort wieder zurück ins Rathaus, Große Börse, verlegt werden solle. Die Vorsitzende bittet darum den Antrag schriftlich zu stellen.

**Der Ausschuss stimmt einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.**

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

**zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2022**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden**

**zu 3.1.1 Bitte um Bericht Situation der Ausländerbehörde**

Die Vorsitzende bittet um die Erstellung eines Berichtes zur aktuellen Arbeitssituation in der Ausländerbehörde. Die Verwaltung sagt den Bericht für die Sitzung im März zu.

Herr Hinsen berichtet, dass es deutschlandweit Probleme mit der Überlastung der Ausländerbehörden gebe. In Lübeck würden daher statusrechtliche Belange vorrangig bearbeitet. Zusätzlichen Personal sei bereits eingestellt worden.

**zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

### **zu 3.2.1 Vorstellung Hotspot Dummersdorfer Ufer**

Frau Koch stellt das Hot Spot Projekt „Forum der Vielfalt“ mit den Lübecker Teilprojekt „Hot-spot 28“ vor. Die gezeigte Präsentation wird in Allris hinterlegt. Der Eigenanteil für Lübeck betrage 5 % in der Planungsphase und es sei bereits eine befristete Teilzeitstelle geschaffen worden. Der Start für die Umsetzungsphase sei für Mitte 2024 geplant.

Herrn Braun vom Landschaftspflegeverein Dummersdorfer Ufer e. V. / Naturschutzbeirat wird vom Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung Rederecht eingeräumt. Er betont die Besonderheit des länderübergreifenden Naturschutzprojektes.

### **zu 3.2.2 Sachstand Bürgerservice**

Herr Hinsen informiert es habe zwischen den Feiertagen wenig Publikumsverkehr insbesondere bei der Kfz-Zulassung gegeben. Insgesamt sei die Nachfrage in ganz Schleswig-Holstein nicht so hoch gewesen, wie zu erwarten gewesen sei. Frau Wöhlk ergänzt, dass in der Kfz-Zulassungsstelle zwischen Weihnachten und Neujahr lediglich 113 Vorgänge bearbeitet worden seien.

### **zu 3.2.3 Tätigkeitsbericht KOD**

Herr Kloth gibt einem Überblick über die Tätigkeiten des Kommunalen Ordnungsdienstes im Jahr 2022. Die gezeigte Präsentation wird in Allris als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Der KOD sei erfolgreicher Partner der Polizei und anderer Sicherheitsbehörden betont Herr Kloth. Herr Hinsen ergänzt, dass der Lübecker KOD Maßstab für andere Kommunen und das Land Schleswig-Holstein sei. Man würde vom Landtag wahrgenommen und sei daher von landespolitischer Bedeutung für das Gesetz „Kommunaler Ordnungsdienst“. Er spricht dem KOD seinen Dank für die gute Arbeit aus. Der Ausschuss schließt sich dem Dank ausdrücklich an.

Herr Kloth beantwortet die Fragen von AM Höfel, Müller, Steffen, Martens und Pätou sowie Herrn Franzke (Seniorenbeirat). Herr Schindler fragt, ob Verstöße in Naturschutzgebieten auch geahndet würden. Herr Hinsen erläutert es sei keine zentrale Aufgabe des KOD. Frau Koch berichtet, es werde demnächst Ranger vom LLUR geben. Diese könnten aber keine „Knöllchen“ verteilen. AM Zahn regt eine Begleitung der Ranger durch den KOD an.

### **zu 3.2.4 2. Blitzersäule Kücknitz B75**

Herr Hinsen berichtet, dass sich die Verzögerung beim Aufstellen der 2. Blitzersäule unter anderem durch eine vom Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr angeforderte Stellungnahme ergeben habe. Man rechne jetzt mit kurzfristiger Umsetzung.

### zu 3.2.5 Stichprobeninventur Stadtwald

Herr Sturm erläutert die Vorgehensweise bei der Stichprobeninventur, die alle 10 Jahre durchgeführt werde. Diese werde als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung des Lübecker Waldkonzeptes angesehen. Die gezeigte Präsentation wird als Anlage zur Sitzung hinzugefügt. Zusätzlich werde noch eine Waldbiotopkartierung vorgenommen. AM Friedrichsen fragt, ob es eine Möglichkeit gäbe einen Ruheforst in Lübeck einzurichten. Herr Hinsen erläutert, dass dafür der Bereich Stadtgrün und Verkehr und damit der Bauausschuss zuständig sei. Herr Sturm beantwortet die Fragen von AM Müller und Martens.

AM Zahn fragt nach der Herkunft der auf dem Holzhof verkauften Weihnachtsbäume. Herr Sturm antwortet, 1000 Bäume kämen direkt aus dem Stadtwald, der Rest sei zugekauft worden. Diese Bäume stammen aus einem Bio- und regionalen Anbau. Auf Nachfrage berichtet er weiter, dass 300 Bäume nicht verkauft werden konnten. Diese seien einer Hilfsorganisation für ukrainische Flüchtlingen sowie der Tafel Ratzeburg gespendet worden. Die Lübecker Tafel habe aus organisatorischen Gründen die Annahme von gespendeten Bäumen abgelehnt. Der Ausschuss begrüßt das Vorgehen, die Bäume zu spenden ausdrücklich mit Beifall.

Herr Mauritz fragt nach dem Sachstand der Anpflanzung der 1 Millionen Bäume. Herr Hinsen kündigt eine Vorlage im Gremienlauf an und rechnet mit einer Umsetzung bis Ende 2023/Anfang 2024.

### zu 3.2.6 Holzeinschlag im Lübecker Stadtwald

Herr Sturm informiert, dass der Bereich Stadtwald Lübeck in den Monaten November bis März den regulären jährlichen Laubholzeinschlag durchführe. In den vier Forstrevieren Behlendorf, Falkenhusen, Lauerholz und Waldhusen seien bzw. würden wertvolle Einzelbäume durch Mitarbeitende des Bereiches Stadtwald gefällt. Dazu würden in den jeweiligen Revieren die einzelnen Bäume sorgfältig ausgewählt. Bei der Auswahl der Bäume spielten sowohl naturschutzfachliche als auch ökonomische Faktoren eine Rolle.

Die Revierleiter der Forstreviere hätten Waldbegehungen für interessierte Bürger:innen angeboten, damit sich diese über die geplanten Maßnahmen informieren und Fragen dazu stellen konnten. Dies sei sehr gut angenommen worden und die Fragen seien sehr vielschichtig gewesen. Die Vorsitzende berichtet, sie habe selber an einer Führung teilgenommen und könne es jedem Interessierten nur empfehlen.

### zu 3.2.7 Vorbeugender Brandschutz

Herr Schwerdtner berichtet über die Arbeit der Abteilung Vorbeugender Brandschutz. Die gezeigte Präsentation wird der Sitzung als Anlage beigefügt. Die Kernprozesse der Abteilung bestünden aus den Genehmigungsverfahren & Stellungnahmen, der Veranstaltungssicherheit und den Brandverhütungsschauen. AM Zahn fragt, ob die Feuerwehr auch für den Skandinavienkai zuständig sei. Herr Köstler bestätigt, man sei für den baulichen Bereich zuständig, aber nicht für die Schiffe. Es werden die Fragen von AM Müller, Mauritz und Zahn beantwortet.

Herr Mauritz fragt nach abgetretenen Feuerlöschteichen. Herr Schwerdtner bestätigt die Abgabe von Teichen. Diese seien aber nicht mehr erforderlich, um die Löschwasserversorgung gewährleisten zu können. AM Mauritz bittet um eine Liste über vorhandene und abgetretene Löschwasserteiche zur nächsten Ausschusssitzung.

Es wird gefragt, ob es Fristen für die Beseitigung von Mängeln gäbe. Dies wird von Herrn Schwerdtner bestätigt. Herr Hinsen weist darauf hin, dass für die Beantwortungen der Fragen des AM Zahn zum HGH der Bauausschuss zuständig sei und hier im USO nicht beantwortet werden könnten.

### **zu 3.2.8 Bundeseinheitlicher Warntag**

Herr Köstler berichtet über den bundeseinheitlichen Warntag, der am 08.12.2022 stattgefunden habe. Dieser sei sehr gut verlaufen und man könne einen großen Fortschritt zum letzten Warntag verzeichnen. Die Probewarnungen seien unter anderem über Warn-Apps, Cell-Broadcasting und Radioansagen erfolgt. Er beantwortet die Frage von AM Martens.

### **zu 3.3 Beantwortung von Anfragen**

Die Antworten für TOP 3.3.1 – 3.3.3 wurden nach Ende der Sitzung mit Einverständnis des Ausschusses in der Niederschrift aufgenommen:

#### **zu 3.3.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bearbeitung der Zu- oder Absagen der Anträge auf Familienzusammenführung Vorlage: VO/2022/11691**

1. Die Bearbeitungszeit variiert. In der Regel liegt diese bei 3 bis 6 Monaten ab Antragstellung in der Botschaft (inklusive Postweg des Antrages aus dem Herkunftsland über das Bundesverwaltungsamt zur örtlich zuständigen Ausländerbehörde.
2. Es sind ca. 10 – 15 Fälle Familienzusammenführung pro Woche
3. Derzeit 3 Mitarbeiter:innen mit je 9 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit.

#### **Anfrage:**

1. Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitung der Zu- oder Absagen der Anträge auf Familienzusammenführung.
2. Wie hoch ist momentan das Antragsaufkommen?
3. Wie viele Mitarbeiter:innen bearbeiten diese Anträge schwerpunktmäßig?

#### **zu 3.3.2 Beantwortung der Anfrage von AM Steffen (USO 15.11.2022) Eindringen unbefugter Personen auf dem LHG-Kai am 04.11.2022**

Zu dem erfolgten Einsatz am 04.11.2022 am LHG-Kai ist durch die Feuerwehr Lübeck ein Prüfverfahren eingeleitet worden, welches sowohl die Ermittlung der entstandenen Kosten als auch die Prüfung nach möglichen Kostenschuldern beinhaltet.

Die Prüfung im Rahmen der Kostenerhebung bezieht sich u. a. auf § 29 BrSchG SH, hier insbesondere auf den Absatz 3 i. V. m. der gültigen Gebührensatzung der Feuerwehr Lübeck. Sobald das Prüfverfahren abgeschlossen werden kann, strebt die Feuerwehr Lübeck den Erlass eines Leistungsbescheides an.

Gemäß der Feuerwehrgebührensatzung (§ 2) ist u.a. Gebührenschildner, wer den Einsatz der Feuerwehr verursacht oder zu vertreten hat. Mehrere Gebührenschildner haften als

Gesamtschuldner, d. h. sollte ein Verursacher nicht zahlungsfähig sein, können die Kosten gegenüber den weiteren Verursachern geltend gemacht werden.

Aufgrund eines laufenden Strafverfahrens hat die Berufsfeuerwehr noch keinen Zugang zu allen erforderlichen Unterlagen, weshalb eine Bearbeitung des Sachverhaltes noch nicht vollumfänglich erfolgen kann. Der Ausgang des Strafverfahrens ist daher abzuwarten.

Die Kosten belaufen sich nach jetziger Aktenlage auf ca. 5.000 €, wobei eine endgültige Kostenbewertung aufgrund der oben geschilderten Umstände noch nicht abschließend erfolgen kann.

**zu 3.3.3 Anfrage des AM Frank Zahn zur Situation der Führerscheininhaber der Klassen C , CE bei den Freiwilligen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck  
Vorlage: VO/2023/11777**

Herr Klempau und Herr Cohrs sind ortsabwesend und lassen sich für die Ausschusssitzung entschuldigen. Herr Köstler erläutert kurz die Antwort in Vertretung des Stadtfeuerwehrverbandes und beantwortet weitere Fragen von AM Friedrichsen.

Grundsätzlich ist es richtig, dass die Anzahl an Fahrzeugen des Grund- und Katastrophenschutzes, die mit einem Führerschein Klasse C gefahren werden müssen, stetig zunehmen. Die Standardfahrzeuge können nicht mehr auf Fahrgestellen bis 7,5 Tonnen hergestellt werden. Da neue Führerscheininhaber ohnehin nur Fahrzeuge bis 2,8 Tonnen fahren dürfen, muss auf jeden Fall geschult werden.

- 1) Mit dem derzeit üblichen Führerschein Klasse B dürfen keine Großfahrzeuge ohne zusätzliche Schulung bewegt werden. Diese heutigen PKW-Führerscheine legitimieren lediglich zum Führen von Mehrzweckfahrzeugen (VW-Busse).
- 2) Bis 2021 wurden jährlich 10 Kameradinnen und Kameraden zur Fahrschulung entsandt. Diese Zahl war tatsächlich aufgrund der Bedarfe nicht mehr ausreichend, so dass das Ausbildungsbudget Fahrschule ab dem Haushaltsjahr 2022 und dann jährlich auf 22 Kameradinnen und Kameraden pro Jahr unsererseits erhöht wurde. Dieser Ansatz wurde auch in 2022 umgesetzt.

Zusätzlich besteht für derzeit noch 12 Einsatzfahrzeuge die Möglichkeit, einen sogenannten Feuerwehrführerschein zu erwerben, bei dem ein Inhaber der Klasse B durch feuerwehrinterne Theorie- und Praxisprüfungen befähigt wird, Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen nur für Feuerwehrzwecke zu führen. Aufgrund der weitergehenden Ersatzbeschaffungen läuft diese Möglichkeit aber immer weiter aus.

- 3) Aufgrund der derzeitigen Kombination Klasse C und Feuerwehrführerschein ja. Aufgrund der unter 2) beschriebenen Erhöhung, ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Einsatzbereitschaft erfolgt. Auch in 2023 werden 22 Kandidaten fortgebildet. Die Situation wird vom StFV intensiv beobachtet und bei Bedarf angepasst.
- 4) Es gab natürlich Einschränkungen durch die Corona-Auflagen (Ausbildungs- und Prüfungstermine). Die vorgesehene Ausbildung ist aber in allen Jahren weitergelaufen und die Führerscheine wurden erlangt.

- 5) Aufgrund der derzeitigen Kombination Klasse C und Feuerwehrlführerschein nein. Die Situation wird vom StFV intensiv beobachtet und bei Bedarf, speziell bei Wegfall der Möglichkeit des Feuerwehrlführerscheins, angepasst.

**Anfrage:**

Zu der Einsatzausstattung der FFW gehören neben Kraftfahrzeugen bis 2.8t auch zunehmend und überwiegend Fahrzeugen über 2.8t, die nur mit einer Fahrerlaubnis der Klasse „C“ oder „C1“ gefahren werden dürfen.

Bekanntermaßen werden Mitglieder der FFW durch Fortbildungsmaßnahmen geschult um neben einer vorhandenen und üblichen PKW-Führerscheinklasse einen LKW-Führerschein zu erwerben.

Ich bitte um ein Statement des Stadtfeuerwehrverbandes und um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Wie stellt sich die FZ-Ausstattung der FFW dar, wie viele FZ können mit einer PKW-Führerscheinklasse, wie viele müssen mit einem LKW-Führerschein o.ä. Klassen betrieben werden.
- 2) Wie viele Angehörige der FFWen werden jährlich ausgebildet um einen Führerschein der Klasse „C“ oder höher erwerben zu können.
- 3) Ist das bestehende Fortbildungsprogramm zum Erwerb einer höherwertigen Führerscheinklasse auskömmlich um die Einsatzbereitschaft der FFW sicher zu stellen.
- 4) Sind aufgrund von Corona-Beschränkungen Defizite bei der Fortbildung entstanden.
- 5) Besteht „Handlungsbedarf“ um mehr Menschen zu schulen?

**zu 3.3.4 Anfrage des AM Stefan Höfel (Die Unabhängigen): Baumschäden durch Handystrahlen**  
**Vorlage: VO/2023/11793**

Frau Hartmann erläutert, es lägen dem Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz keine eigenen Erkenntnisse vor. Für weitere Informationen wird auf 2 Artikel des Bundesamtes für Strahlenschutz verwiesen:

[Elektromagnetische Felder und die belebte Umwelt](#)  
[Mögliche Wirkungen elektromagnetischer Felder auf Tiere und Pflanzen](#)

Die Vorsitzende weist auf die Zuständigkeit von FB 5, Stadtgrün und Verkehr hin, da es sich um Stadtbäume handeln würde.

**Anfrage:**

Inwieweit sind der Hansestadt Lübeck Baumschäden durch Mobilfunkstrahlung bekannt und welche Aktivitäten wurden und werden daraus eingeleitet?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 3.4 Neue Anfragen

AM Steffen bittet erneut um die Beantwortung seiner Frage:

Worin bestand die Belastung des Bodens (chemische Belastung), die zu einer Verzögerung des Baufortschrittes der Begegnungsstätte führte?

#### **Antwort nach dem Ausschuss:**

Die KWL hat einen Bodengutachter eingeschaltet, der in Abstimmung mit dem Bereich UNV baubegleitend Untersuchungen durchgeführt hat, um eine Gefährdung für die geplante Nutzung (Wirkungspfad Boden-Mensch) auszuschließen. Die Verzögerungen haben sich dadurch ergeben, dass für die angetroffenen belasteten Auffüllungen erst ein geeigneter Entsorgungsweg gefunden werden musste. Weitere Verzögerungen im Bauablauf sollten sich daraus nicht ergeben.

### zu 4 Berichte

### zu 5 Beschlussvorlagen

#### zu 5.1 **Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung)** Vorlage: VO/2022/11724

Herr Köstler beantwortet Fragen zur Satzung. Herr Kadow von der Kommunalberatung & Service GmbH hat die Feuerwehr bei der Erarbeitung der neuen Satzung unterstützt. Der Ausschuss erklärt sich mit dem Rederecht des Gutachters einverstanden. AM Mauritz fragt nach, warum der Einsatz eines Gutachters notwendig sei. Herr Köstler erläutert, dass die Satzung gerichtsfest verwertbar sein müsse. Frau Debring von der Feuerwehr informiert, dass sich die Kosten für das Gutachten auf ca. 12.000 Euro belaufen und die Erarbeitung der Satzung ca. ein  $\frac{3}{4}$  Jahr in Anspruch genommen habe. Herr Köstler und Herr Kadow beantworten die Fragen von AM Steffen, Zahn, Pätau, Höfel, Friedrichsen und Mauritz.

#### **Antrag auf Vertagung:**

AM Zahn stellt den Antrag die Vorlage zurück zu stellen, da diese nicht gendgerecht formuliert sei. Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

(AM Jürk ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend)

**Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung lehnt den Antrag auf Vertagung  
mehrheitlich ab.**

Die Vorsitzende lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen

**Beschluss:**

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Hansestadt Lübeck (Feuerwehrgebührensatzung) wird in der vorliegenden Form (Anlage 2) beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis</b> (als Empfehlung für den Hauptausschuss und die Bürgerschaft)	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2      Zentrale Stelle Rettungsdienst - Anstalt öffentlichen Rechts - Zustimmung zum  
Wirtschaftsplan 2023  
Vorlage: VO/2022/11696**

Keine Wortmeldung

**Beschluss:**

Dem Wirtschaftsplan (inkl. fünfjährigem Finanzplan und Ergebnisverwendung) des gemeinsamen Kommunalunternehmens Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR) wird zugestimmt.

<b>Abstimmungsergebnis</b> (als Empfehlung für den Hauptausschuss und die Bürgerschaft)	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6            Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1        Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung  
in u.a. Tempo 30 Zonen  
Vorlage: VO/2022/11241**

Keine Wortmeldung

**Beschluss:**

Die Verwaltung möge Vorschläge machen, was - neben Geschwindigkeitsüberwachungen - für Maßnahmen erfolgen können, um „Raser“ in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen nachhaltig zu entschleunigen. (Erfolgreiche Beispiele aus der Hansestadt Lübeck bitte anführen.)

Die Verwaltung möge die Frage beantworten, unter welchen Voraussetzungen solche zusätzlichen Maßnahmen erfolgen können oder müssen (z.B. xx Prozent der Fahrzeuge fahren in der Straße xy zu schnell oder xx Prozent der Anwohner\*innen fordern zusätzliche Maßnahmen).

<b>Abstimmungsergebnis</b> (als Empfehlung für die Bürgerschaft)	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2 SPD+FW&GAL: Austausch Antrag zu 10.10 "Städtischen Masterplan Klimaschutz"**  
**Vorlage: VO/2022/11480-01**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Herr Hinsen erläutert, dass es Ziel sei den Entwurf des Masterplanes noch der jetzigen Bürgerschaft vorzulegen. Der Entwurf sei kurz vor der Fertigstellung und werde in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben. Da wohl erst die neu gewählte Bürgerschaft endgültig darüber abstimmen werde, macht Herr Hinsen das Angebot zusammen mit der Klimaleitstelle den Plan bei den Fraktionen ausführlich vorzustellen und zu diskutieren. Frau Mählenhoff kritisiert, dass erst die neue Bürgerschaft darüber entscheiden werde und bedauert die daraus entstehende Verzögerung.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei den Arbeiten zum städtischen Masterplan Klimaschutz zwei mögliche Szenarien vorzulegen, die hinsichtlich der Maßnahmen so angepasst werden, dass darin Klimaneutralität für die Hansestadt Lübeck insgesamt bis 2040 und alternativ bis 2035 verankert werden

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 6.3 CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand Vorlage: VO/2022/11497</b>
--

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

**Beschluss:**

Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand und am Kurstrand in Travemünde vorzulegen.

Die Situation ist in der laufenden Saison erneut dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand und auch auf dem Kurstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

- dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,
- dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,
- Strandbesucher, Strandkorbvermieter, Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden,
- dass mittlerweile sogar auf der Kurpromenade und benachbarten Grünflächen (Brüggmanngarten und Eselswiese) decken, Gaskocher u.s.w ausgebreitet werden.

Dem ist entgegenzuwirken.

Der Bürgermeister wird aufgefordert,

1. an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier Travemünde zu beteiligen;
2. zu prüfen, ob die Ausweisung des Grünstrandes als städtische Parkanlage statt als (Grün-)Strand erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Missständen wirksam abgeholfen werden kann;
3. zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist;
4. die Ausweisung des nördlichen Teils der Kaiserallee als temporäre Einbahnstraße aufzuheben und ein generelles Parkverbot in diesem Bereich anzuordnen.

Besonderes Augenmerk soll dabei darauf gerichtet werden, dass

- a) auf dem gesamten Grünstrand das Grillen untersagt wird und bestehende gemauerte Grillstellen zurückgebaut werden;
- b) auf dem gesamten Grünstrand und Kurstrand das Mitbringen und Aufstellen von Zelten, Strandmuscheln, größeren Sonnenschirmen, Strandliegen und vergleichbaren Gegenständen spätestens ab Sonnenuntergang verboten und auch tatsächlich unterbunden wird;
- c) das Ablegen, Ausbreiten und auch nur vorübergehenden Lagern von Gegenständen wie Gaskochern, Decken, Picknickbedarfsartikel, etc. auf der Promenade und Grünflächen in deren Umfeld (etwa im Brüggmanngarten und Eselswiese) unterbunden wird;
- d) dass das Zurücklassen von Müll und / oder Gegenständen der unter b) bezeichneten Art verboten wird und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- e) im gesamten Badebereich vor dem Grün- und Kurstrand die Nutzung von Motorbooten, ausgenommen der Boote der DLRG oder von Rettungsdiensten, verboten und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- f) Zuwiderhandlungen gegen a) bis e) als Ordnungswidrigkeiten mit spürbaren Bußgeldern belegt werden, die dann auch ab dem erstmaligen Verstoß verhängt werden sollen;

- g) das einseitige Parken auf dem nördlichen Teil der Kaiserallee unterbunden wird, etwa durch Aufhebung der saisonalen Einbahnstraßenregelung und Durchsetzung eines dort anzuordnenden Parkverbotes.

Der Bürgermeister möge der Bürgerschaft bis zur Novembersitzung ein Konzept zumindest mit diesen wesentlichen Eckpunkten und entsprechende Satzungs- oder Satzungsänderungsentwürfe entgegenbringen

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 8 Polizeibeirat**

**zu 9 Verschiedenes**

Frau Hartmann berichtet, dass die 500 Anträge für das Förderprogramm „Balkonkraftwerk“ innerhalb von 14 Tagen gestellt worden seien. Herr Franzke vom Seniorenbeirat fragt, ob eine Aufstockung angedacht sei. Dies sei momentan nicht der Fall, aber Herr Hinsen kündigt an, dass er sich dafür einsetzen wolle, dass dieses Erfolgsmodell künftig fortgesetzt und vertieft werde. Mit einem vergleichsweise kleinen Aufwand könne ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Frau Hartmann ergänzt, dass noch Förderungen beim Land beantragt werden könnten.

Sie informiert, dass am Dienstag, 31.01.2023 ab 18:00 Uhr im Festsaal der Siedlung Dornbreite eine Informationsveranstaltung zum Thema Solardach durchgeführt werde. Unabhängig davon gebe es viele Informationen auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck:

[Klimaleitstelle: Klimaschutz und Klimaanpassung.](#)

**zu 10 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 18:51 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 18:55.Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 16      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende eröffnet um 19.01 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung habe im nicht-öffentlichen Teil folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss empfiehlt die Ersatzbeschaffung von 8 Rettungswagen, 4 Krankentransportwagen und 2 Fern-Krankentransportwagen für den Rettungsdienst sowie die Ersatzbeschaffung von 2 Krankentransportwagen für den Katastrophenschutz freizugeben.

Lübeck, den 21. Juni 2023

Silke Mählenhoff  
Vorsitzende/r

Angelika Schröder  
Protokollführung